

Verträge mit Gatten und Kindern würden „immer noch vom Landtag bezahlt“, so Arnim im „Münchner Merkur“.

Im Maximilianeum wischte man die Kritik beiseite: Landtagsdirektor Peter Worm schrieb am 19. August an Arnim: „Mit Ihrer Bemerkung, die Versuchung sei groß, die Mittel ihren eigentlichen Zwecken zu entfremden, da auch Geschwister und Vettern beschäftigt werden können, unterstellen Sie den Abgeordneten zweckwidrige Verwendung, die durch nichts zu belegen ist.“

Arnim hakte bei Worm zwei Wochen später schriftlich nach: „Muss ich Ihre Ausführungen dahin verstehen, dass Sie ‚Vetternwirtschaft‘ für legitim halten?“ Eine Antwort blieb aus.

Jetzt, bald zwei Jahre später, kann Seehofer die Aufklärung nicht scharf genug sein. Der Parteichef verlangt von allen Kabinettsmitgliedern Erklärungen, ob sie Verwandte beschäftigen. Falls ja, müssen sie dem Staat die Einnahmen erstatten. Besonders unter Druck gerät die angeschlagene Justizministerin und Partei-Vizechefin Beate Merk. Sie hat seit 2010 ihre Schwester für durchschnittlich 1231 Euro, in Spitzenmonaten für gut 3100 Euro beschäftigt. Merk galt schon zuvor nicht als Aktivposten im Seehofer-Kabinett. Jetzt kommt schlechtes Krisenmanagement dazu. Während andere Kabinettsmitglieder ihre Beschäftigungsverhältnisse bei der neuen Fraktionschefin Christa Steuens vergangene Woche offenlegten, reagierte Merk erst, als der Bayerische Rundfunk ihren Fall recherchierte.

Prominente CSU-Leute fordern jetzt Konsequenzen aus der Spezl-Affäre: „Die Bezahlung von Mitarbeitern sollte wie im Bundestag über das Parlament erfolgen und nicht über die einzelnen Abgeordneten“, sagt die Bundesverbrauchermministerin Ilse Aigner. Eine entsprechende Gesetzesnovelle soll noch im Mai verabschiedet werden.

Markus Ferber, dem Chef der schwäbischen CSU, reicht das nicht. Er fordert eine Selbstverpflichtung, wie in der Wirtschaft. „Im Rahmen eines Verhaltenskodex sollten wir uns als CSU selbst strenge Regeln geben, damit dauerhaft sichergestellt ist, dass mit öffentlichen Mitteln keine Fehlverwendung stattfinden kann.“

Wie ernst die CSU-Spitze die Vorfälle nimmt, zeigte sich am vergangenen Donnerstagabend in der traditionellen Kaminrunde der Unions-Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin. Hier geht es nicht nur um Abstimmungen im Bundesrat, oft bespricht der Zirkel auch die großen Linien der Unionsstrategie. Doch an diesem Abend waren keine CSU-Leute dabei, das gab es seit Jahren nicht. In der Runde wurde gewitzelt: „Und sie haben nicht mal einen Verwandten geschickt.“

MELANIE AMANN, DIETMAR HIPPE, PETER MÜLLER,
CONNY NEUMANN, CHRISTIAN REIERMANN,
FIDELIUS SCHMID



Demontage des AKW Lubmin: Einstige Kathedralen des industriellen Fortschritts

ATOMKRAFT

Grab mit Jobgarantie

Der Rückbau deutscher Kernkraftwerke ist eine Jahrhundertaufgabe. Mindestens bis ins Jahr 2080 wird die Entsorgung dauern. Was, wenn die Energiekonzerne inzwischen pleitegehen?

Wenn Politiker ihre Rede in allzu schweres Pathos kleiden, dann ist Misstrauen angebracht – mit einer Ausnahme. Bei einem Thema ist kein Vergleich zu großartig, kein Superlativ übertrieben: Winfried Kretschmann etwa sprach von „theologischen Zeiträumen“, über die es jetzt Entscheidungen zu fällen gebe.

Sein Amtskollege Stephan Weil aus Niedersachsen bemühte als Zeithorizont seines Handelns die Schöninger Speere, jene 300000 Jahre alten Wurfgeschosse aus der Altsteinzeit, die in seinem Bundesland ausgegraben wurden. Und Grünen-Chef Jürgen Trittin erinnerte daran, dass es darum gehe, „einen Platz zu finden für den gefährlichsten Müll, den die Menschheit je produziert hat“.

Die Rede ist von Atommüll und dessen sicherer Entsorgung. Dafür müssen die Deutschen ein Bauwerk tief unter der Erde schaffen, über das Kriege, Revolutionen und eine neuerliche Eiszeit hinwegziehen können. Eine Million Jah-

re lang soll das Endlager für die Überreste des atomaren Zeitalters halten – länger, als das Menschengeschlecht existiert.

So steht es in dem Gesetzesentwurf, bei dessen Vorstellung vor einem Monat in Berlin sich Politiker aus Opposition und Regierung zu derart ehrfurchtsvoller Rhetorik hinreißen ließen. Unter Führung von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) wird darin ein Plan vorgelegt, wie ein Endlager für die hochradioaktiven Abfälle aus deutschen AKW zu finden ist. Derzeit wird noch um die Details des Vertragstextes gefeilscht, der „das letzte große strittige Thema in der friedlichen Nutzung der Kernenergie“ (Altmaier) abräumen soll.

Worüber die Volksvertreter am liebsten nicht reden, das ist der Rückbau der Atomkraftwerke. Einst waren sie die Kathedralen industriellen Fortschritts. Jetzt sind ihre Kühltürme und Kuppeln zu weithin sichtbaren Symbolen eines menschlichen Irrtums geworden.



MICHAEL JUNGBLUT / LAIF

Nach aktuellen Berechnungen des Bundesumweltministeriums werden beim Betrieb und Rückbau 173 442 Kubikmeter schwach bis mittelstrahlender Abfall anfallen, der unter die Erde zu bringen ist. Dazu kommen 107 430 Kubikmeter solchen Strahlenschrotts aus staatlichen Einrichtungen.

Es ist eine Jahrhundertaufgabe: Bis ins Jahr 2080 wird man in Deutschland damit beschäftigt sein. „Mindestens“, sagt der Atomexperte Michael Sailer vom Öko-Institut in Berlin: „Denn das sind konservative Schätzungen, bei denen nichts dazwischenkommen darf.“

Doch danach sieht es nicht aus. Im Gegenteil. Dem Atomausstieg wohnt ein quälender Einstieg in die Entsorgung inne: Acht AKW, die nach Fukushima auf Geheiß der Bundesregierung eilig vom Netz genommen wurden, müssen gleichzeitig zerlegt werden. Neun weitere werden bis Ende 2022 folgen.

Noch gibt es keinen Plan, wie der Rückbau genau zu organisieren ist. Kritiker sehen in der behördlichen Bewilligungspraxis erste Anzeichen dafür, dass angesichts der Berge von Atommüll die Sicherheitsstandards geschleift werden.

Zwei Orte sind für die Endlagerung geplant. Für hochradioaktiven Müll wird man bis zum Jahr 2031 einen Endlagerplatz finden. So sieht es Altmaiers Endlagersuchgesetz vor. Lange war dafür der Salzstock in Gorleben vorgesehen. Nun beginnt die Suche von neuem.

Für schwach bis mittelschwer strahlenden Rückbauschutt ist Schacht Konrad in der Nähe von Salzgitter bestimmt. Das alte Eisenerz-Bergwerk wird zurzeit erschlossen. Gerade musste die Inbetriebnahme von 2019 auf 2021 verschoben werden. Bis dahin staut sich der Müll in Zwischenlagern, zum Beispiel in Ahaus oder bei Greifswald. Dort wird strahlender Schrott in großem Stil zerlegt und lagerfähig portioniert. Der atomare Müllberg ist mit über 100 000 Kubikmetern schon jetzt beachtlich.

Weil die Lagersituation prekärer wird, versuchen die Betreiber ihre Altanlagen in zunehmend größeren Einheiten abzutragen. In Obrigheim und Stade etwa sind die wichtigen Dampferzeuger in einem Teil herausgetrennt worden. Aus Platzmangel hat man einige von ihnen auch nach Schweden verschifft.

Als gäbe es nicht genug offene Fragen, ist zwischenzeitlich eine neue Sorte von Atom Müll aufgetaucht, für die es bislang noch gar keine Endbestimmung gibt: Dabei handelt es sich um graphithaltige Abfälle sowie abgereichertes Uran, die nicht in den Schacht Konrad verbracht werden dürfen.

Stattdessen müssen die mit Radionukliden vollgepumpten Materialien wohl in einem künftigen Endlager für hochradioaktive Stoffe beerdigt werden. Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) beziffert ihre Menge auf bis zu 105 500 Kubikmeter. Bislang wissen vor allem Fachkreise von diesem Abfallproblem.

Die Folgen für Deutschland könnten unangenehm sein. „Im schlimmsten Fall ist in dem Lager für hochradioaktiven Müll nicht genügend Platz für diese Sorte Abfall“, warnt der unabhängige Atomexperte Wolfgang Neumann aus Hannover: „Dann

Eine Million Jahre lang soll das Endlager halten – länger, als das Menschengeschlecht existiert.

müsste man ein drittes Endlager suchen.“ Auch im Bundesumweltministerium hält man sich diese Option offen, obwohl offiziell mit zwei Standorten geplant wird.

Die vier Energiekonzerne sehen dagegen kein Problem bei dem Rückbau der Atomkraftwerke. So steht es in einer Referenzstudie, die sie bei der NIS-Ingenieurgesellschaft in Auftrag gegeben haben. Sie lag bislang im Bundesumweltministerium unter Verschluss. Auf vielfaches Drängen hat die Grünen-Bundestagsabgeordnete Sylvia Kotting-Uhl ein Exemplar der Expertise erhalten. Darin beschwichtigen die Experten: Die „Stillebarkeit der in Deutschland genutzten Leichtwasserreaktoren“ sei „gewährleis-

tet“, die Auswirkungen für Menschen und Umwelt seien „vernachlässigbar“.

In der Theorie der Ingenieure sieht der Zeitplan für den Rückbau ganz einfach aus: Zunächst müssen die Brennstäbe in einer sogenannten Nachbetriebsphase abkühlen. Dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder man beginnt sofort mit dem Rückbau, oder der Reaktor wird eingemottet. „Sicherer Einschluss“, so heißt das Verfahren, bei dem der Rest des Reaktors bis zu 30 Jahre stehen bleibt, damit die radioaktive Belastung in dem Gebäude weiter abfallen kann.

Doch die Kritiker der deutschen Atomindustrie drängen zur Eile. Sie befürchten, dass die Betreiberkonzerne pleite sein könnten, bevor sie ihre Meiler zurückgebaut haben. Die Sorge ist nicht unberechtigt. Denn die deutsche Energiewende lässt das Geschäftsmodell der einstigen Strom-Monopolisten erodieren. Mittlerweile schieben Konzerne wie E.ON Milliarden-schulden vor sich her. Der Rückbau eines einzigen Atomreaktors wird in Branchenkreisen mit rund einer Milliarde Euro beziffert.

Damit der Staat nicht auf den Kosten sitzenbleibt, hat er die AKW-Besitzer zu Rückstellungen in ihren Bilanzen verpflichtet. Rund 30 Milliarden beträgt die Gesamtsumme derzeit. Doch diese Rückstellungen, merken die Kritiker an, stehen nur auf dem Papier. „Wenn der Konzern pleite ist, sind auch die Milliarden für den Rückbau pfutsch“, warnt Kotting-Uhl.

Erhöht hat sich das Risiko bei den AKW des Vattenfall-Konzerns in Krümmel und Brunsbüttel. Das schwedische Staatsunternehmen hat das Risiko auf seine deutsche Tochterfirma übertragen.

Die Grünen-Politikerin Kotting-Uhl fordert deshalb einen nationalen Fonds zum Rückbau der Kernkraftwerke, in den die Unternehmen ihre Nachsorge-Gelder einzahlen müssten. Vorbilder sind die Schweiz und Schweden. Umweltminister Peter Altmaier lehnt einen Fonds indes ab. Er fürchtet, dass die Konzerne sich so aus ihrer Verantwortung herauskaufen könnten. Würde der Rückbau teuer als geplant, bliebe der Staat auf den Mehrkosten sitzen. Eine Regelung zur Insolvenz-sicherung könnte helfen. Doch die würde man vor den Wahlen nicht mehr schaffen.

Nicht minder große Sorgen als um das Geld machen sich die Verantwortlichen indes um die Frage, welche Ingenieure und Atomphysiker den Schrott unter die Erde bringen sollen. „Wir beobachten schon seit den neunziger Jahren rapide sinkende Ausbildungszahlen“, beklagt der Präsident des BfS, Wolfram König.

„Der Bund und die Länder müssen es schaffen, diesen Trend umzudrehen“, sagt er und gibt ein Versprechen ab: „Wer heute mit dem Studium anfängt, hat eine Jobgarantie bis zur Rente.“

GERALD TRAUFFETTER